

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 161/2006

Arbeitsbereich Internationale Zusammenarbeit

Internationale Brennpunkte

Politische Kurzberichte zur aktuellen Lage in ausgewählten Ländern

Berlin/Sankt Augustin, September 2006

ISBN 3-939826-03-0

Ansprechpartner: Hans-Hartwig Blomeier
Teamleiter Lateinamerika
Telefon: 030 / 2 69 96 33 75
E-Mail: hans.blomeier@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Inhalt

Nahost

Israel	3
Palästina/Autonome Gebiete	6
Nahost Regionalbewertung	8

Europa

Polen	11
Ukraine	15
Tschechische Republik	18
Slowakei	20

Lateinamerika

Mexiko	22
Kuba	25

Afrika

Kongo	27
-------------	----

Asien

Afghanistan	29
Sri Lanka	31

Die Autorinnen und Autoren	32
----------------------------------	----

ISRAEL

Die israelische Armee hat einen **vollständigen Rückzug aus dem Südlibanon innerhalb von 10 Tagen** angekündigt. Dies wird jedoch abhängig gemacht von der Stationierung der libanesischen Armee und der Verstärkung der UNIFIL. Libanon hat bereits mit der Stationierung von Truppen südlich des Litani-Flusses begonnen. Kofi Annan hat Außenministerin Zipi Livni Zusage gemacht, 3500 zusätzliche UNIFIL-Soldaten innerhalb von 10 Tagen zu stationieren. Vor allem Frankreich, Italien und Spanien haben Truppen dafür zugesagt, explizit abgelehnt hat Österreich. Die Beteiligung von deutschen Soldaten wird von Premierminister Olmert und Außenministerin Zipi Livni begrüßt, wobei es eine kontroverse Diskussion im Außenministerium und in der Öffentlichkeit gibt.

Gleichzeitig bereitet die israelische Armee eine längere Stationierung ihrer Soldaten im Südlibanon vor, sollte sich die Situation nicht wie geplant entwickeln.

Für Israel ist zwar zunächst ein Ziel erreicht, die libanesischen Armee im Südlibanon zu etablieren. Dennoch sind **wichtige Fragen offen** als Voraussetzung für einen langfristigen Waffenstillstand: die Rückkehr der entführten Soldaten, außerdem die Entwaffnung der Hisbollah zur Verhinderung zukünftiger Bedrohung. Als besonders enttäuschend wird in Israel die harte Haltung Syriens gewertet.

Die **Hisbollah** hat heute (17.8.2006) angekündigt, dass sie sich nicht an die UN-Resolution halten will und sich weder entwaffnen lassen noch Truppen zurückziehen will – dies mit Hinweis darauf, dass die Hisbollah-Kämpfer im Süden wohnen.

Gazastreifen

Im Gazastreifen wird die Militäroperation fortgeführt zur Verhinderung des Qassam-Beschusses auf Israel, der zumindest sporadisch weiter anhält. Außerdem wird die Suche nach dem entführten Soldaten Shalit fortgesetzt. Gleichzeitig wird mit ägyptischer Vermittlung zur Befreiung von Shalit die Entlassung von palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen verhandelt.

Innenpolitische Situation in Israel

Nach der Libanonkrise steht die **Regierung unter massiver Kritik** hinsichtlich der Führung des Krieges (später Einsatz von Bodentruppen, Logistikprobleme, Ausbil-

dung und Ausrüstung der Soldaten, unklare Befehle, Behandlung der Bevölkerung im Norden etc.). Dazu wurde jetzt eine Untersuchungskommission unter Leitung des früheren Generalstabschefs und Berater von Verteidigungsminister Peretz während der Libanonkrise, Amnon Lipkin-Shachak, eingesetzt. Am deutlichsten wird der Waffenstillstand ohne Rückkehr der entführten Soldaten kritisiert (70% sehen das nach aktuellen Umfragen als Fehler). Die Rechtmäßigkeit des Kampfes gegen die Hisbollah wird jedoch von keiner Seite angezweifelt.

In aktuellen Umfragen steht Verteidigungsminister Peretz am schlechtesten da (63% bewerten Amtsführung als nicht gut), dem Olmert folgt (51%: nicht gut), schließlich Generalstabschef Halutz (47%: nicht gut).

Die Arbeitspartei verliert in Umfragen am meisten nach dem Krieg (jetzt 15 Mandate, letzte Wahl: 19), der Likud mit Oppositionsführer Netanjahu an der Spitze gewinnt am deutlichsten (jetzt 20, bei der Wahl 12).

Gleichzeitig leidet die Regierung unter hohem Vertrauensverlust aufgrund einer Reihe von **Skandalen** (Generalstabschef Dan Halutz wegen Aktiengeschäften am Tag des Kriegsausbruches, Justizminister Haim Ramon wegen sexueller Belästigung, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses Tsachi Hanegbi wegen politischen Besetzungen in früheren Ämtern). Selbst Olmert sieht sich Vorwürfen wegen unsauberer Grundstücksgeschäfte ausgesetzt. Auch Präsident Moshe Katzav ist in einen Skandal sexueller Belästigung verwickelt.

In der Regierung werden **Differenzen** immer deutlicher hinsichtlich der zukünftigen **Politik gegenüber den Palästinensern**. Das Programm Olmerts zu weiteren einseitigen Rückzügen wird von immer weniger Ministern unterstützt. Olmert hält offiziell an seinem Programm fest und hat dies selbst während des Krieges bekräftigt. Eine von Außenministerin Livni eingesetzte Kommission kommt jetzt zu dem Ergebnis, dass dieses einseitige Rückzugsprogramm kaum noch realistisch ist.

Die **Kadima-Partei** hat weiterhin große inhaltliche und institutionelle Probleme: das Hauptthema weiterer einseitiger Rückzüge kann die Partei kaum noch zusammenhalten. Eine neue inhaltliche Basis fehlt. Die Entwicklung der Institutionen ist ins Stocken geraten, an der Basis – vor allem bei den Bürgermeistern – wächst der Unmut. Mehrere prominente Parteimitglieder sind in Skandale verwickelt (s.o.), u.a. auch der Fraktionsvorsitzende Avigdor Itzhaki, dem Steuervergehen angelastet werden.

Bewertung:

Jeweils etwa ein Drittel sehen Israel, die Hisbollah oder beide als Gewinner des Krieges. Der Krieg hinterlässt eine Stimmung, in der Unklarheit und Unsicherheit vorherrscht. Die Schwierigkeiten während der Libanonkrise wurde vor allem als „**leadership**“-**Problem** wahrgenommen. Die Regierung Olmert steht deshalb unter hohem Druck, jetzt wieder die politische Initiative zu ergreifen. Die Gefahr ist jedenfalls nicht gebannt, dass es in Israel zu einem Auseinanderbrechen der Regierung kommt. Olmert könnte mit einer neuen Initiative die Aufmerksamkeit von den Folgeproblemen der Libanonkrise und von dem nicht mehr realistischen Rückzugsplan auf eine neue Entwicklung lenken.

Konkrete Anhaltspunkte dafür gibt es jedoch noch nicht. Im Moment ist für eine Neuaufnahme der Verhandlungen mit den Palästinensern keine öffentliche Unterstützung zu erwarten. Diskutiert wird deshalb jetzt eine neuer **regionaler Ansatz** analog zur Madrid-Konferenz vor 15 Jahren, welche positive Auswirkungen auf die Region hatte: In der Folge kam es z.B. zum Oslo-Prozess, außerdem zum Friedensschluss mit Jordanien. Ein regionaler Ansatz ist auch deshalb sinnvoll, weil die Krise im Libanon nicht zuletzt auch die enge Verknüpfung der Probleme in der Region gezeigt hat. Bei solch einer Initiative könnte Europa eine wichtige Rolle spielen.

Auch die **Zukunft der Kadima-Partei** ist unsicher. Sie kann nur überleben, wenn sie sowohl ein klares inhaltliches Profil gewinnt und den inneren Aufbau der Partei weiter vorantreibt.

Lars Hänsel,

17. August 2006

AUTONOME GEBIETE PALÄSTINA

Situation:

- Der mit der UNO-Resolution 1701 begonnene **Waffenstillstand** zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz im Südlibanon **scheint zu halten**.
- Die Situation im Südlibanon bleibt jedoch **unübersichtlich**, da eine vollständige Entwaffnung der Hisbollah von niemandem durchgesetzt werden kann.
- Im **Gaza-Streifen** (40 % der palästinensischen Bevölkerung) dauern die Kämpfe zwischen israelischer Armee und verschiedenen militanten palästinensischen Gruppen an. Die humanitäre Situation dort ist weiterhin angespannt. Fast täglich kommt es zu zivilen Opfern. Im Westjordanland (60 % der palästinensischen Bevölkerung) kommt es nur vereinzelt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.
- Ein **Waffenstillstand in Gaza** wird diskutiert. Seine Bestandteile könnten sein:
 - Unkonditionierte Freilassung des entführten israelischen Soldaten G. Shalit.
 - Ende des Beschusses israelischen Gebietes mit selbst gebauten Raketen aus dem Gaza Streifen (diese Raketen sind zwar weder hinsichtlich Reichweite noch Sprengkraft mit denjenigen der Hisbollah vergleichbar, entfalten aber ähnlich traumatisierende Wirkung auf die betroffene israelische Bevölkerung).
 - Ende der israelischen Angriffe auf den Gaza-Streifen.
 - Spätere Freilassung der von Israel inhaftierten palästinensischen Regierungsmitglieder und Parlamentsabgeordneten. Inwiefern weitere Gefangene freigelassen werden sollen, ist noch unklar.

Hintergrund und Bewertung:

- Aus dem Konflikt mit Israel geht **Hisbollah militärisch geschwächt** hervor. Die Fähigkeit, Israel mit Raketen zu bedrohen, besteht jedoch weiter. Am letzten Kriegstag wurden mehr Raketen auf Israel abgeschossen, als zu Beginn.
- In den Augen der Arabischen Welt, insbesondere der Palästinenser, ist Hisbollah der Sieger des Krieges und somit **politisch gestärkt**. Nach dieser Sicht

hat kein arabischer Staat Israel jemals ähnlich ernsthaft Paroli bieten können, wie die Hisbollah als Guerilla-Organisation.

- Gegenüber anderen, politischen wie militanten, arabischen Organisationen (beispielsweise der ebenfalls radikal-islamischen, aber sunnitischen, palästinensischen Hamas) ist Hisbollah dadurch in Meinungsführerschaft gegangen. Damit ist auch der schiitische **iranische Einfluss gestiegen**.
- Schlüssel für nachhaltige Fortschritte im Nahen Osten bleibt der **israelisch-palästinensische Konflikt**. Selbst Hisbollah könnte Angriffe auf Israel schwer legitimieren, wenn Frieden mit den Palästinensern herrschte.
- Die **Abkopplungspolitik Israels** (eigenständige Grenzziehung, Räumung der dahinter liegenden Siedlungen, Sicherheitsmauer, etc.) kann in der bisherigen Form keine Sicherheit gewährleisten und wird allenfalls mit einer stärkeren militärischen Komponente (weitere Stationierung der Armee, verschärfte Aktionen gegen militante Palästinenser) auf das Westjordanland übertragen werden.
- Die noch von Hamas gestellte **Regierung** der palästinensischen Autonomiebehörde ist weit gehend **handlungsunfähig**. Hamas ist nach den Auseinandersetzungen stark geschwächt.
- Die **Einigung der palästinensischen Gruppen** (vor allem Fatah und Hamas) auf eine Allparteienregierung und Verhandlungsbereitschaft mit Israel (sog. Gefangenenpapier) besteht weiter, steht aber wegen der fortgesetzten Kampfhandlungen im Gaza-Streifen unter starkem Druck. Es gibt für die **Wiederaufnahme von Verhandlungen** nur noch ein kurzes **Zeitfenster**.
- Dies ist im Kontext einer von US-Außenministerin Rice angekündigten internationalen „**New Middle East**“-**Strategie** zu sehen, die auch eine stärkere Rolle der **Nachbarländer**, insbesondere Jordaniens, bei der Beilegung des Konfliktes beinhalten könnte.

Thomas Birringer,

16. August 2006

NAHOST – Regionalbewertung

Mit der Verabschiedung der UN-Resolution 1701 durch den UN-Sicherheitsrat und den infolge begonnenen Abzug israelischer Truppen aus dem südlichen Libanon und die etappenweise Übergabe an die libanesischen Armee bzw. Einheiten der UNIFIL ergeben sich auf nationaler wie regionaler Ebene neue, allerdings auch mit Risiken verbundene Chancen zur Wiederherstellung der Souveränität des Libanon wie zur Lösung der regionalen Konflikte in der Region.

Libanon

Die humanitäre Situation sowie die schrittweise Installierung der libanesischen Armee im Süden des Landes stellen infolge der UN-Resolution die derzeit größten Herausforderungen dar. Der durch die Auseinandersetzungen entstandene wirtschaftliche Schaden wird von der libanesischen Regierung mit 2,5 Milliarden US-\$ angegeben. Libanons Regierung appelliert an die internationale Gemeinschaft wie an die Exil-Libanesen (12 Millionen), aktiv am Aufbau des Landes mitzuwirken.

Die Umsetzung der UN-Resolution 1701, insbesondere die Entwaffnung der Hisbollah, bleibt – wie bereits seit dem Taif Abkommen und der UN-Resolution 1559 von 2004 - die politische Hauptaufgabe des Landes. Entscheidend wird dabei sein, wie sich Syrien und der Iran in den nächsten Wochen und Monaten verhalten werden, d.h. ob sie bereit sein werden, den Libanon in die volle Souveränität zu entlassen, was einer weiteren Unterstützung der Hisbollah den Riegel verschieben würde.

Syrien

Nach der verbalen Aggression des syrischen Präsidenten Bashar Assad gegen Israel, der zur Absage des Damaskus-Besuches von BM Steinmeier führte, hat Syrien seine politische Isolation derzeit selbst verlängert und damit die von Außenminister Muallim mehrmals gewünschte und eingeforderte Annäherung insbesondere mit Europa weiter erschwert. Allerdings deuten Beobachter das Verhalten Assads auch vor dem Hintergrund, das von vielen in der Region als „Sieg der Hisbollah“ interpretierte Ende des Krieges rhetorisch zu verstärken, um damit mittelfristig politisch profitieren zu können und den Preis für bereits im Raum stehende Friedensgespräche mit Israel hochtreiben zu können.

Jordanien

Jordaniens König Abdallah II bemüht sich traditionell um Ausgleich und um Vermittlung, muß dabei aber mit Blick auf den etwa 60prozentigen palästinensischen Bevölkerungsanteil und die allgemeine Stimmung Rücksichten nehmen. Er will und kann in keinem Falle die Beziehungen zu Israel in Frage stellen, um sich politisch nicht zu isolieren und sich den direkten Zugang zur Teilnahme an potentiellen Friedensgesprächen in der nächsten Zukunft nicht zu versperren. Gegenüber BM Steinmeier betonte der König, daß er nun die Zeit und Chance für eine de facto stärkere und konstruktive Rolle Deutschlands wie der EU im Nahen Osten sehe.

Regional

Auf regionaler Ebene scheint vordergründig das Anti-Normalisierungslager um Irans Präsidenten Ahmadinejad und Syriens Bashar Assad Nutznießer der Eskalation der Gewalt der letzten Wochen zu sein. Rhetorisch feiern beide bereits einen Sieg der arabischen Welt über die „zionistisch-amerikanischen Hegemonialansprüche“. Allerdings steht diesem auf Konfrontation ausgerichteten Block ein pragmatisches und starkes Lager um Ägypten, Jordanien und – nunmehr deutlicher als zuvor – Saudi-Arabien gegenüber; Länder, die aus unterschiedlichen Gründen an konstruktiven Beziehungen zu Israel und den USA interessiert sind, jedoch das gemeinsame Interesse teilen, den Aufstieg Irans zu einer regionalen Führungsmacht unter schiitischen Vorzeichen zu verhindern. Die Auseinandersetzungen der letzten Wochen haben erneut und deutlicher als zuvor vor Augen geführt, daß die Region derzeit vor drei großen Konflikten steht, die es zu lösen gilt: den israelisch-palästinensischen, den israelisch-arabischen und den innerarabisch sunnitisch-schiitischen.

Bewertung

Für den Libanon ist die derzeitige Situation mit einer „Stunde Null“ vergleichbar, Chancen und Risiken gleich verteilt. Der politische Wille, die Hisbollah zu entwaffnen und volle Souveränität herzustellen, muß insbesondere von Europa mit getragen und unterstützt werden, da diese als glaubhafte Unterhändler und Moderatoren angesehen werden. Viele Libanesen, insbesondere Christen und Sunniten, sehen in der gegebenen Situation eine große Chance, liegengebliebene Probleme wie die Hisbollah-Frage, damit verbunden aber auch die Palästinenser-Frage, zu lösen. An einer ech-

ten Entwaffnung der Hisbollah führt dabei kein Weg vorbei; die bereits 2005 von Nahib Berri, Parlamentspräsident und Führer der Amal vorgeschlagene Lösung einer Integration der Hisbollah-Milizen in die libanesische Armee käme einer trojanischen Lösung gleich.

Syrien wird langfristig den Konfrontationskurs nicht fortsetzen können, da es trotz aller Rhetorik mehr Interesse an einer Annäherung an Europa hat und der Iran langfristig dem alawitischen Regime in Damaskus auch gefährlich werden könnte. Die wirtschaftliche Lage Syriens verschlechtert sich zudem stetig.

Die Gesamt-Konfliktlage präsentiert sich derzeit allerdings derart komplex, daß – abgesehen von der Hisbollah-Frage – ein erneuter regionaler Konfliktregulierungsansatz für die Region dringend notwendig, möglich und von weiten Teilen erwünscht erscheint. Deutschland und Europa werden hier von den Staaten in der Region stärker in die Pflicht genommen.

Hardy Ostry,

17. August 2006

POLEN

Neue Koalitionsregierung

Nach gut sechs Monaten **Minderheitsregierung** der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nach den Parlamentswahlen vom September 2005 wurde Anfang Mai eine **Koalitionsregierung** mit der bäuerlich sozialpopulistischen „Selbstverteidigung“ (Sam) und der konservativ national-katholischen „Liga der Polnischen Familien“ gebildet. Damit hat das konservativ-soziale **Lagerkonzept** der Wahlsiegerin PiS, in dem die populistischen Parteien eingebunden werden, konkret Gestalt angenommen und muss sich jetzt in der Regierungsverantwortung bewähren. Dem Liberalismus wird die Vision eines „solidarischen Polen“ entgegengesetzt. Angesichts der relativen Unberechenbarkeit der Regierungspartner befindet sich das Land politisch jedoch weiter in einer Phase **stabiler Instabilität**. Im November finden landesweit **Regionalwahlen** statt, bei denen die Wähler eine erste Bewertung abgeben können.

Perspektiven der Opposition

Die mit der CDU partnerschaftlich verbundene liberal-konservative „**Bürgerplattform**“ (PO) hält sich derweil als stärkste Oppositionspartei (130 von 460 Mandaten) für den Fall des Scheiterns der Regierung bereit. Mit Blick auf die Regionalwahlen will die PO Kräfte sammeln und mobilisieren. Will sie das Land regieren, bleibt sie aber auf die PiS als Partner angewiesen, weshalb die PO auf eine eher konstruktive Opposition setzt. Für eine Koalition mit den in der Erneuerung befindlichen Linksdemokraten (SLD, SDPL) ist es derzeit zu früh. Nach einer Neuwahl mit Sieg der PO und einer Verweigerung der PiS, erscheint diese Option allerdings durchaus möglich. Bei den Vorstandswahlen im Juni hat der Partei- und Fraktionsvorsitzende der PO, **Donald Tusk**, seine Position stärken können: seine Personalvorschläge wurden mit klarer Mehrheit angenommen. **Jan Rokita**, Premier-Kandidat der PO und bisher Vizevorsitzender, ist nicht mehr im Vorstand vertreten. Er soll die Fraktionsführung übernehmen. In den Umfragen liegen PO und PiS zwischen 25 und 30 % nahezu gleich auf.

Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten

Am 14. Juli ist der bisherige Premierminister **Marcinkiewicz** (PiS) von dem Parteivorsitzenden der PiS, **Jarosław Kaczyński**, dem Zwillingsbruder des Staatspräsidenten, abgelöst worden. Damit hat der eigentlich strategische Kopf und mächtigste Mann der größten Regierungspartei die Amtsverantwortung übernommen. Die **Regierung** setzt sich jetzt aus 21 Ministern zusammen: zehn der **PiS** mit den Kernressorts Ministerrat, Außen- und Innenpolitik, Finanzen, Verteidigung, Justiz; sechs unabhängigen Ministern darunter Wirtschaft, Schatzministerium, Regionalentwicklung, Gesundheit; drei Vertretern der **Sam** (Vizepremier und Landwirtschaft, Arbeit und Soziales, Bau) sowie zwei Ministern der **LPR** (Vizepremier und Bildung, Seewirtschaft). Politisch haben sich die Brüder Kaczyński eine grundlegende Staatsreform und entschiedene außenpolitische Interessenvertretung auf die Fahnen geschrieben. Sie nennen Marschall Pilsudski als Vorbild, der 1926 in einem blutigen Staatsstreich die Macht in Polen eroberte und ein autoritäres Regime führte.

Das Projekt „IV. Republik“

Hauptziele der Regierung sind die Senkung der Arbeitslosigkeit von 18 %, die Reform der öffentlichen Finanzen und des Sozialstaats, der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (bis 2013 sollen rund 3.500 Km Autobahnen und Schnellstraßen entstehen), das Vorgehen gegen Korruption, Kriminalität und Bürokratie sowie die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit. Das Reformprogramm firmiert unter dem Slogan der Bildung einer neuen **IV. Republik**, in der man die „Krankheiten“ der III. Nachwenderepublik kurieren will. Damit gibt die PiS eine ähnlich griffige Zielvorstellung vor, wie dies früher der NATO und EU-Beitritt gewesen war. Erste Schritte wurden unternommen: Der Rundfunkrat wurde neu besetzt, eine neu geschaffene zentrale Antikorruptionsbehörde hat Ende Juli die Arbeit aufgenommen, der alte Militärgeheimdienst wird aufgelöst und bis Oktober durch zwei neue ersetzt, mit einem neuen Gesetz wurden die Akten des Staatssicherheitsdienstes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und eine schärfere Überprüfung und Ahndung von Spitzeldiensten eingeführt.

Rückkehr zum Misstrauen gegenüber Deutschland

In der **Außenpolitik** beansprucht der Präsident, den Ton anzugeben. Sie wird in einer Mischung aus internationaler Unerfahrenheit, nationalem Selbstbewusstsein und einem Anspruchsdenken intoniert, das sich aus dem Selbstverständnis als Opfer des europäischen Imperialismus, Nationalismus und Kommunismus speist, der vor allem von Deutschland und Russland ausging. Gegenüber **Deutschland** ist im Zuge der Diskussionen um Europa, die Gaspipeline in der Ostsee, das Zentrum gegen Vertreibungen und den Umgang mit Geschichte in Regierungskreisen eine **Rückkehr zum alten Misstrauen** zu verzeichnen. Zuletzt hat eine in der linksalternativen „taz“ publizierte „Satire“ über die Gebrüder Kaczyński, die in Polen fahrlässig hochgespielt wurde, für Irritationen und Unverständnis auf beiden Seiten gesorgt. Das Amt des Beauftragten für die Beziehungen mit Deutschland ist seit Mai unbesetzt. Um die neue Fremdheit und Distanz zu überwinden, bedarf es eines intensiven vertrauensbildenden Dialogs und vor allem gemeinsamer Initiativen.

Positiv ist zu vermerken, dass in der polnischen Bevölkerung in den vergangenen Jahren trotz der politischen Turbulenzen die Akzeptanz und Sympathie gegenüber Deutschland noch gewachsen ist und ein hohes Niveau hat. Der Tonfall der politischen Auseinandersetzung in Polen zeigt insofern ein falsches Bild der deutsch-polnischen Alltagswirklichkeit. Hier bewerteten Ende letzten Jahres fast 80 % der Polen die Beziehungen zu Deutschland positiv und sahen Deutschland nach den USA als wichtigsten Partner an. 72 % meinten, dass gegenüber Deutschland Zusammenarbeit und Kompromiss im Vordergrund stehen sollten, nicht die nationale Interessenvertretung.

Die größten Befürchtungen richten sich in Polen gegen **Russland** und die deutsch-russischen Beziehungen. Die **transatlantischen Beziehungen** werden als Priorität für die Sicherheit Polens angesehen. In diesem Kontext wird aktuell die Diskussion über die Stationierung der US-Raketenabwehr in Polen und das militärische Engagement im Irak geführt.

Ein Europa der Nationen

Mit Blick auf die Mitgliedschaft in der **EU** spielt 16 Jahre nach Wiedererlangung der Souveränität die Bewahrung nationaler Identität und Selbstbestimmung eine bedeutende Rolle. Der **EU-Verfassungsvertrag** und die durch ihn angestrebte Vertiefung

der politischen Union werden deshalb abgelehnt. Leitbild ist ein solidarisches **Europa der Nationen**. Befürwortet wird die weitere Erweiterung der Union insbesondere im Osten, gefürchtet die Dominanz Deutschlands und Frankreichs. Der Euro soll erst ab 2012 eingeführt werden. Zukünftig wird es darauf ankommen, inwieweit die PiS auch in der Außenpolitik zu Zugeständnissen an den anti-westlichen Populismus ihrer Koalitionspartner gezwungen sein wird, der zu verengten Spielräumen in der Europa- und Deutschlandpolitik führen könnte.

Mit 50 % des Pro-Kopf-Inlandsproduktes der EU ist Polen eines der am wenigsten entwickelten Länder der Gemeinschaft. Es erhält mit über 60 Mrd. Euro in den Jahren 2007-13 den größten Anteil der EU-Fördergelder unter den Mitgliedsländern. Die Bevölkerung befürwortet mit über zwei Dritteln laut Umfragen die Mitgliedschaft in der EU und hat weit mehr Vertrauen in europäische Institutionen (über 50 %) als in die eigene Regierung (22 %). Da ist die mit Blick auf die Regionalwahlen in Polen von der LPR angezettelte und vom Staatspräsident und Justizminister befürwortete Debatte über die Wiedereinführung der **Todesstrafe**, die unvereinbar mit der EU-Mitgliedschaft ist, ein Spiel mit dem Feuer. Es trägt nicht zur Verbesserung des so wieso bereits angekratzten Rufes Polens auf der europäischen Bühne bei. Der Premierminister hat sich dementsprechend von der Debatte distanziert und das Außenministerium damit beauftragt, für eine Verbesserung des Bildes Polens im Ausland zu sorgen. Dies wird laut des ehemaligen Außenministers **Bartoszewski** jedoch vor allem durch Dummheit und Ignoranz gefährdet. Eine Imagekampagne ersetzt eben nicht konstruktive politische Initiativen.

Stephan Raabe,

15. August 2006

UKRAINE

1. Politische Lagebeschreibung:

Am 4. August ist Viktor Janukowytsch, Vorsitzender der Partei der Regionen und einstiger Rivale Viktor Juschtschenkos bei den Präsidentschaftswahlen 2004, vom ukrainischen Parlament zum neuen Premierminister der Ukraine gewählt worden. Der Wahlfälscher von einst und eigentliche Auslöser der ‚orangenen Revolution‘ kehrt auf demokratischem Wege zurück an die Macht. Gewählt wurde Janukowytsch von allen Abgeordneten der Partei der Regionen und der Kommunisten, von 30 Sozialisten, 6 Abgeordneten des Blockes Julia Timoschenko, die das Lager gewechselt haben, und 30 Parlamentariern der 80-köpfigen Fraktion Nascha Ukraina.

Damit steht Nascha Ukraina, die Juschtschenko nahe stehende Kraft und bislang der wichtigste politische Partner der KAS in der Ukraine, vor dem Abgrund. Die Fraktion ist gespalten: in einen Flügel, der die Arbeit der Regierung Janukowytsch unterstützt und selbst Regierungsverantwortung übernimmt, und einen Oppositionsflügel, der eine Zusammenarbeit mit Janukowytsch ablehnt. Obwohl Nascha Ukraina der so genannten „Anti-Krisen-Koalition“ aus Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten offiziell nicht beigetreten ist, haben zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Lager Nascha Ukraina bereits Ministerposten in der neuen Regierung Janukowytsch übernommen. Nascha Ukraina will also offenbar Regierung und Opposition zugleich sein. Ob und wie lange dieser Spagat funktionieren wird, weiß niemand.

Möglich wurde die Wahl Janukowytschs erst nach der Unterzeichnung des so genannten „Nationalen Einheitspaktes“, mit dem sich Janukowytsch verpflichtet, die euroatlantische Integration weiterhin zum außenpolitischen Ziel der Ukraine zu machen. Außenminister Tarasjuk und Verteidigungsminister Hryzenko bleiben neben mehreren anderen ‚orangenen Ministern‘ im Amt und symbolisieren die Kontinuität des außenpolitischen Kurses der Ukraine. Gleichzeitig einigte man sich aber auch auf die Vollendung des Einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland, Weißrussland und Kasachstan – ein schwieriger Balanceakt, der stark an die ‚multivektorale Politik‘ aus der Zeit Kutschmas erinnert.

Präsident Juschtschenko, der durch seine Unentschlossenheit maßgeblich für das politische Chaos mit verantwortlich war, ist einer der großen Verlierer des Machtpokers. Juschtschenkos Chancen, in etwas mehr als drei Jahren erneut Präsident zu werden, sind denkbar gering. Julia Timoschenko scharrt bereits mit den Hufen und

wird ihre Rolle als Oppositionsführerin nutzen, um ihre Position zu stärken. Bislang sieht es nach einem bevorstehenden Zweikampf zwischen Timoschenko und Janukowytsch aus.

Einen kreativen und dringend notwendigen Reformschub wird es unter Janukowytsch nicht geben. Aber auch ein Zurück zu den Verhältnissen wie unter Kutschma ist nicht zu erwarten. Janukowytsch wird versuchen, sich auf der Grundlage eines soliden Wirtschaftswachstums bis in den Herbst 2009 über die Zeit zu retten, um dann sein Ziel, Präsident zu werden, zu realisieren.

2. Empfehlungen für die künftige Politik Deutschlands und der EU gegenüber der Ukraine:

Deutschland und die EU sollten sich auf eine längere Regierungszeit von Janukowytsch einrichten und das Beste daraus machen. Viele Ukrainer – vor allem im Westen des Landes – und auch viele Europäer hatten zu hoch gesteckte Erwartungen an die ‚orangene Revolution‘ und wurden zwangsläufig enttäuscht. Deutschland kommt in dieser schwierigen Zeit eine besondere Rolle zu. Die Bundesrepublik verfügt über ein hohes Ansehen in allen Teilen der Ukraine und sollte sich zukünftig noch mehr – wirtschaftlich und politisch – engagieren und Zeichen setzen. Eine gute Gelegenheit könnten die für Herbst geplanten deutsch-ukrainischen Regierungskonsultationen sein.

Die westlichen Regierungen sollten den Führungswechsel in Kiew zum Anlass nehmen, ihre Bewertungen der innenpolitischen Situation der Ukraine zu überdenken, und aufhören, in Kategorien wie „Orange = gut“ und „Janukowytsch/Blau = böse“ zu denken. Das Land hat durch die ‚orangene‘ Bewegung ihr Gesicht in positiver Weise verändert. Janukowytsch ist auf demokratische Weise an die Macht gekommen, die Zivilgesellschaft ist kräftig und wachsam und die Opposition hat mit Timoschenko eine Galionsfigur, um die sie so manche Partei im westlichen Europa beneidet.

3. Schlussfolgerungen für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine:

Die Juschtschenko-nahe Partei Volksunion Nascha Ukraina, die größte der sechs Parteien in der Fraktion Nascha Ukraina, bleibt auch weiterhin der wichtigste politische Partner der KAS in der Ukraine. Die Zukunft von Nascha Ukraina ist selbst für

Insider schwer einzuschätzen. Möglicherweise steht nicht nur die Fraktion, sondern auch die Partei Volksunion Nascha Ukraina, vor dem Zerfall – in einen Regierungs- und einen Oppositionsflügel.

Zu zentralen Ministern der neuen ukrainischen Regierung, die aus den Reihen des Blockes Nascha Ukraina kommen – Außenminister Tarasjuk, Verteidigungsminister Hryzenko, Justizminister Swarytsch sowie Jugend- und Familienminister Pawlenko – hat die KAS Kiew traditionell gute Kontakte, die wir auch in Zukunft weiter pflegen werden.

Angesichts der Entwicklung im Lande wird die KAS auch weiterhin Verbindungen zum Block Julia Timoschenko halten – insbesondere über die Jugendorganisation der Partei Batkiwschtschyna. Außerdem haben wir erste Kontakte zur Partei der Regionen aufgenommen. Wir sind auf der Suche nach Ansprechpartnern in der Fraktion der Partei der Regionen und konzentrieren uns in erster Linie auf Abgeordnete, die aus der Jugendorganisation der Partei der Regionen kommen, aufgeschlossen gegenüber den Werten eines freien und demokratischen Rechtsstaates sind und nicht die alten Klischees der Kutschma-Ära vertreten.

Ralf Wachsmuth, André Drewelowsky,

14. August 2006

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Mögliche Mitte-Rechtskoalition erreicht in den Parlamentswahlen nur 50% der Mandate

Nach acht Jahren sozialdemokratischer Regierung zeichnet sich in der Tschechischen Republik ein Machtwechsel ab. Bei der turnusmäßigen Parlamentswahl am ersten Juniwochenende konnte die oppositionelle konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Die ODS war der große Sieger der Wahl und legte von 58 auf 81 Sitze zu. Dennoch erreichte sie gemeinsam mit den potenziellen Koalitionspartnern, den Christdemokraten (KDU-ČSL) und den Grünen (SZ), insgesamt nur genau 100 von 200 Mandaten. Die restlichen Mandate verteilen sich auf die Sozialdemokraten (ČSSD) und die Kommunisten (KSČM). Die tschechische Politik geriet dadurch buchstäblich in eine Patt-Situation. Seitdem wurden etliche Verhandlungsrunden durchgeführt, bislang jedoch ohne Ergebnis.

Zehn Wochen nach den Parlamentswahlen hat sich nun zumindest das Abgeordnetenhaus konstituiert

Zunächst wurde erfolgreich ein Koalitionsvertrag zwischen ODS, KDU-ČSL und den Grünen unterzeichnet. Das auf diese Weise gebildete Kabinett fand jedoch keine parlamentarische Mehrheit. Die Bildung einer Großen Koalition wiederum lehnt die ODS strikt ab. Es bleibt die Option einer Minderheitsregierung der ODS übrig.

Am vergangenen Montag, zehn Wochen nach der Wahl, wurde endlich das Abgeordnetenhaus konstituiert und die Führung des Unterhauses des tschechischen Parlaments gewählt. Zum Präsidenten des Unterhauses wurde der sozialdemokratische Kandidat Miloslav Vlček gewählt.

Regierungsbildung lange nicht abgeschlossen

Während das Abgeordnetenhaus seine Arbeit inzwischen bereits aufgenommen hat, sind sich die beiden großen Koalitionsparteien ODS und ČSSD nach wie vor über die Zusammensetzung der zukünftigen Regierung uneinig. Letzte Woche vereinbarten ODS und ČSSD zwar, dass die ČSSD den Präsidenten des Unterhauses stellen dürfe und dafür im Gegenzug die Minderheitsregierung der ODS unterstütze. Dieses Verhandlungsergebnis wurde jedoch von den Sozialdemokraten angegriffen, die

über die Besetzung der Ministerposten mitentscheiden und das Programm der Regierungspartei beeinflussen wollen. Das ist für die ODS unakzeptabel. Somit ist im Moment nur eines klar: Premierminister Jiří Paroubek tritt morgen zurück und Präsident Václav Klaus beauftragt den ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek mit der Regierungsbildung.

Pavλίna Richterová,

15. August 2006

SLOWAKEI

International kritisierte Regierungskoalition beschließt moderates Programm

Nach der Wahlniederlage der Mitte-Rechts-Koalition unter Mikuláš Dzurinda bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 17. Juni bildete die siegreiche Linkspartei Smer-Sozialdemokratie von Róbert Fico eine Koalition mit zwei umstrittenen Rechtsparteien. Dzurinda, dessen Partei Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ) selbst zwar Stimmengewinne erzielt hatte, aber mit 18,35 Prozent deutlich hinter Smer-SD (29,14 Prozent) zurückgeblieben war, hatte bis zuletzt versucht, gemeinsam mit seinen bisherigen Partnern, der Partei der Ungarischen Koalition (SMK) und der klerikal-konservativen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) - alle drei übrigens Mitglieder der EVP - eine neuerliche Koalition zu bilden. Die KDH sträubte sich jedoch dagegen, die Volkspartei - Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS) mit ins Boot zu nehmen. Sie wollte einfach nicht hinnehmen, dass damit diese Partei und ihr Vorsitzender Vladimír Mečiar wieder in die Regierungsverantwortung einbezogen und somit politisch wieder salonfähig gemacht worden wären. In den 90-er Jahren hatte nämlich Mečiar als dreimaliger Ministerpräsident die Slowakei nicht nur in die staatliche Unabhängigkeit geführt, sondern mit seinem investorenfeindlichen und autoritären Regierungsstil auch in die internationale Isolation gegenüber EU und Nato. Wahlsieger Fico versuchte zwar auch, den christlich-demokratischen Block zu durchbrechen, indem er KDH und SMK als potenzielle Regierungspartner anvisierte. Dann entschied er sich aber rasch für die "billigere" Variante einer Koalition mit zwei Parteien, die international so wenig Akzeptanz aufweisen, dass sie eine Regierungsbeteiligung auch mit einer Verteilung der Ministerposten akzeptierten, die ihrem realen Stimmengewicht keinerlei Rechnung trug. Von 16 Regierungsposten konnte Smer-SD 11 besetzen, die als rechtsextrem geltende Slowakische Nationalpartei SNS gab sich mit drei und die ĽS-HZDS gar mit nur zwei zufrieden. Allein schon die Ankündigung der Koalition rief jedoch internationale Proteste hervor und bescherte der Landeswährung Krone einen vorübergehenden Kursverfall. Mehr noch als die Regierungsbeteiligung der ĽS-HZDS rief die Aufnahme der SNS in die Koalition Empörung hervor. Die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament legte deswegen die Mitgliedschaft von Smer-SD unbefristet still und die EVP-Fraktion richtete auf Antrag der slowakischen Abgeordneten eine Monitoring-Gruppe ein, die die neue Regierung beobachten soll. Die SNS war nämlich in der Vergangenheit wiederholt durch nationalistische bis rassistische Äußerungen, vor allem gegen die ungarische und Roma-Minderheit in der Slowakei aufgefallen. Die Ungarn stellen zehn Prozent der Bevölkerung der Slowakei, der Roma-Anteil wird

(entgegen viel niedrigeren Daten der in diesem Fall unzuverlässigen offiziellen Volkszählung*) auf bis zu acht Prozent geschätzt.

Obwohl der neue Ministerpräsident Róbert Fico die Wahlen mit einem deklariert sozialdemokratischen Programm und dem Versprechen einer "Rückkehr zum Sozialstaat" anstelle der "neoliberalen" Politik der Vorgängerregierung unter Dzurinda gewonnen hatte, gab er sich nach seinem Wahlsieg rasch moderater als im Wahlkampf. Die Dzurinda-Regierung hatte mit einer unternehmerfreundlichen Steuer- und Sozialpolitik für internationales Aufsehen gesorgt, deren Herzstück die Einführung einer Einheitssteuer von 19 Prozent für alle Einkommen von Firmen und Privatpersonen war - damit gilt in der Slowakei bis heute der niedrigste Spitzensteuersatz der EU. Fico hatte zwar im Wahlkampf noch die Rückkehr zu einer progressiven Besteuerung angekündigt, da die Einheitssteuer "nur den Reichen" diene. Im tatsächlichen Regierungsprogramm blieb von den stürmischen Ankündigungen aber wenig übrig: Sicher wird eine von der Vorgängerregierung eingeführte Gebühr für Arztbesuche abgeschafft, und für Medikamente und einige noch nicht exakt definierte weitere Grundbedürfnisse wird es einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz anstelle des von der Dzurinda-Regierung vereinheitlichten Satzes von 19 Prozent geben. Doch die Einheitssteuer für Firmen bleibt völlig erhalten. Lediglich für Privatpersonen wird eine noch nicht klar definierte "Millionärssteuer" von voraussichtlich rund 25 Prozent als einzige Korrektur des bisherigen Einheitswertes angestrebt. Außerdem werden mehrere von der Dzurinda-Regierung begonnene Privatisierungsprojekte gestoppt. Besonders betrifft das den Verkauf von 100 Prozent an der staatlichen Güter-Eisenbahn. Wichtige Teile des Energie- und Telekommunikationssektors waren hingegen schon bisher privat. Anders als die Dzurinda-Regierung besteht jedoch die Fico-Regierung darauf, dass die dabei verbliebenen Staatsanteile von 34 bis 51 Prozent auch weiterhin unter staatlicher Kontrolle bleiben. Außerdem wird der von der Dzurinda-Regierung weitgehend liberalisierende Kündigungsschutz im Arbeitsgesetz auf Druck der mit Fico verbündeten Gewerkschaften wieder restriktiver geregelt.

Christoph Thanei,

14. August 2006

*) Die meisten Roma deklarieren sich in offiziellen Zählungen nicht als Angehörige ihrer Volksgruppe, sondern als Slowaken oder Ungarn.

MEXIKO

PAN in Senat und Abgeordnetenhaus stärkste Fraktion / Debakel für die PRI / López Obrador mobilisiert gegen das Wahlergebnis

Mit einem Herzschlagfinale ging die Wahl in Mexiko vom 2. Juli 2006 zu Ende – oder auch nicht. In den frühen Morgenstunden des 6. Juli war nach der Revision der vorläufigen Auszählung durch die 300 Wahldistrikte und das Wahlinstitut IFE klar: der neue Präsident Mexikos heißt Felipe Calderón Hinojosa von der Partei der nationalen Aktion (PAN). Hauchdünn nach Prozenten (0,57 Prozent) aber durchaus deutlich in abgegebenen Stimmen (rund 250.000) hatte er sich gegen seinen schärfsten Mitbewerber Andrés Manuel López Obrador (PRD) vom linken Parteienbündnis „Allianz zum Wohle Aller“ durchgesetzt. Da zuerst die PRD-geneigten Südstaaten und das Zentrum des Landes in die Auszählungen einfließen, war der Linkskandidat zunächst deutlich in Führung gewesen, mit dem Eintreffen der Nordstaaten – hier gibt es innerhalb Mexikos eine Zeitverschiebung von zwei Stunden – verkürzte sich der Abstand mehr und mehr. Schließlich ging Felipe Calderón in Führung und gab diese auch nicht mehr ab.

Noch ehe allerdings um 15.12 Uhr Ortszeit 100 Prozent der Stimmen ins amtliche Endergebnis eingeflossen waren, trat Andrés Manuel López Obrador (nach seinen Initialen auch AMLO genannte) um 8.30 Uhr Ortszeit vor die Presse und tat, was man von ihm erwartet hatte: er kündigte einerseits an, gegen das Ergebnis juristisch vorzugehen („Unregelmäßigkeiten in 50.000 Stimmbezirken“ und: „Alle Wahlurnen müssen geöffnet und einzeln nachgezählt werden“), andererseits rief er seine Anhänger für den 8. Juli auf, sich auf dem hauptstädtischen „Zocalo“ zu einer „Informationsversammlung“ einzufinden: eine erste Mobilisierung der Straße, der in den folgenden Wochen weitere folgten. Schon kurz darauf verteilten seine Anhänger entsprechende Aufkleber und Flugblätter.

Es mehren sich die Stimmen, die in einer Annullierung der Wahlen das eigentliche Ziel der PRD-Kampagne sehen – eine solche wird zwar für äußerst unwahrscheinlich, aber keineswegs völlig ausgeschlossen gehalten. Ins Spiel käme in einem solchen Falle ein vom Abgeordnetenhaus gewählter „Interimspräsident“, der bis zu Neuwahlen – ein Zeitraum dafür von mindestens 18 Monaten wird immer wieder genannt – zu amtieren hätte. Ein möglicher Kandidat scheint ein enger AMLO-Vertrauter, der Rektor der staatlichen Universität UNAM, Juan Ramón de la Fuente,

zu sein. Mit ihm traf sich der Kandidat öffentlichkeitswirksam im Rektorat der Hochschule. Genannt wird allerdings auch ein prominenter innerparteilicher Gegner AMLOs, Cuauhtémoc Cardenas, selbst verschiedentlich Präsidentschaftskandidat.

Am 7. August traf das mexikanische Wahlgericht eine Zwischen-Entscheidung – und die Protestkoalition ist damit alles andere als zufrieden. Einstimmig haben sich die sieben Richter darauf festgelegt, keine vollständige Neuauszählung der Stimmen anzuordnen. „Lediglich“ in 11.839 Stimmbezirken – sie repräsentieren rund 3,8 Millionen Wählerstimmen in 9,07 Prozent der insgesamt 130.437 Stimmbezirke unter Berücksichtigung von 149 der 300 Wahldistrikte in 26 Bundesstaaten inklusive der Hauptstadt - soll neu ausgezählt werden, unter Mitwirkung von Beobachtern aus allen Parteien. Dies, so die immanente Erklärung, ist ausreichend, um den Verdacht grober Unregelmäßigkeiten auszuräumen oder zu bestätigen – das Gericht behält sich somit weitere Maßnahmen und eine endgültige Beurteilung bis hin zu einer möglichen Annullierung der Wahl vor. In jedem Fall kann es zu Veränderungen bei den abgegebenen Stimmen für die verschiedenen Präsidentschaftskandidaten kommen – in welchem Umfang ist die entscheidende Frage.

Ausgehend von der dritten so genannten „Informationsversammlung“ am 30. Juli, bei der auf dem hauptstädtischen Zócalo zwischen 500.000 und zwei Millionen AMLO-Anhänger zusammengeströmt waren - unterschiedliche Quellen lieferten unterschiedliche Einschätzungen – hatte sich der Protest ausgeweitet und neue Formen angenommen: Gravierend für die Hauptstadt, dass seitdem 47 „ständige Zeltlager“ – etwas ähnliches wie Mahnwachen – eingerichtet wurden, die den Zócalo selbst, die Innenstadt und vor allem die Hauptverkehrsachse Reforma vollständig blockieren. Der ohnehin schon chaotische Verkehr in Mexiko-Stadt kommt damit weiter zum Erliegen, Hunderttausende Bürger spüren dies bei mehrstündiger An- und Abfahrt zur Arbeit, Touristen erreichen kaum noch ihre Hotels, viele Restaurants und Geschäfte bleiben leer, Taxi- und Busfahrer sind der Verzweiflung nahe. Der Druck auf das Wahlgericht sei aber nötig, so López Obrador, um dem Druck „der Mächtigen“ auf die Richter etwas entgegenzusetzen.

Mittlerweile gibt es Anlass zur Besorgnis, die Lage könne sich noch verschärfen: die Blockade zentraler Verkehrsachsen, so ein Beobachter, mache weder strategisch noch „marketing-technisch“ Sinn. Das Ziel sei vielmehr, die Bundesregierung zum Einschreiten zu provozieren, mittels Bundespolizei oder Soldaten. Dies würde wahrscheinlicher, wenn innerhalb einer nächsten Eskalationsstufe etwa die Blockade des

internationalen Flughafens der Hauptstadt das Ziel des Protests wäre oder der Versuch, wichtige Finanzinstitutionen des Landes lahm zu legen. Auch dann allerdings könnte die Bundesregierung als ersten Schritt die Stadtregierung anweisen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten – was diese vermutlich verweigern würde. Dies könnte dann der Beginn einer Gewaltspirale sein.

Die Neuauszählung in den ausgewählten Stimmbezirken ist inzwischen abgeschlossen. Das Wahlgericht hat allerdings noch keine offizielle Bewertung vorgenommen. Als Ergebnis zeichnet sich ab, dass die Wahlen insgesamt sauber waren, es einige Auszählungs- bzw. Rechenfehler gegeben hat (bei rund 0,04 Prozent von insgesamt 4 Mio. nachgezählten Stimmen), die aber das Wahlergebnis nur minimal und nicht entscheidend ändern. Die Vorwürfe der PRD bezüglich Wahlbetrugs wären damit gegenstandslos. Fraglich ist, wie López Obrador darauf reagieren wird.

Frank Priess, Annette Schwarzbauer,

15. August 2006

KUBA

Am 13. August 2006 wurde Fidel Castro 80 Jahre alt. Kurz vor seinem Geburtstag, am 31. Juli, hatte er die Regierungsgeschäfte wegen einer schweren Erkrankung vorübergehend an seinen fünf Jahre jüngeren Bruder, Raúl Castro, Verteidigungsminister, übergeben. Damit zeigte sich anschaulicher als je zuvor, dass die Ära Castro endlich ist.

Mit den Vorbereitungen für eine Nachfolgeregelung, jahrzehntelang ein Tabu, war rechtzeitig begonnen worden. Nach Andeutungen durch Fidel Castro selbst und seinen Bruder bei verschiedenen Anlässen beschloss das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas am 1. Juli 2006, dass ausschließlich die Kommunistische Partei Erbe der Führerschaft Fidel Castros sein könne. Damit wurde festgeschrieben, dass die Nachfolge institutionell und nicht personell zu regeln sei. Castro selbst rief anlässlich der Versammlung zur Geschlossenheit der Partei auf, um die Fortsetzung des Regimes zu gewährleisten.

Die USA reagierten Mitte Juli mit einer Ankündigung zur zusätzlichen Unterstützung der Opposition und des Informationsflusses in Höhe von 80 Mio. US-Dollar in den nächsten beiden Jahren. Es gebe keine Möglichkeit für eine Demokratisierung des Regimes; man sei für einen Übergang, nicht für eine Nachfolge durch Raúl Castro oder die Elite.

In einer offiziellen Stellungnahme, die am 11. August in der Zeitung Sun-Sentinel veröffentlicht wurde, ruft Oswaldo Payá, Vorsitzender der Christlichen Befreiungsbewegung (Movimiento Cristiano Liberación), angesichts der neuen Entwicklungen zur Eintracht und zum Dialog zwischen Kubanern auf. Das Verhalten im Ausland müsse zur Verständigung zwischen Kubanern und zum Frieden beitragen. Er sei sicher, dass die Mehrheit der Exil-Kubaner ebenfalls an einem friedlichen Wiedersehen mit ihrem Vaterland interessiert sei. Payá ruft zum Dialog zwischen den unterschiedlichen Bürger- und friedlichen Oppositionsbewegungen auf, die das Interesse an eigenen Strategien und politischen Positionen zurückstellen sollten. Einen speziellen Zusatz widmet Payá den Spaniern: er betont die Hilfe, die gerade Spanien als Freund und Familie leisten könne. Dafür müsse allerdings zuerst in Spanien Einverständnis über Kuba erzielt werden, was aber nicht schwieriger sein könne, als unter Kubanern eine gemeinsame Linie zu finden.

Die weitere Entwicklung ist derzeit noch nicht absehbar. Mit der Mobilisierung von Reservisten demonstrierte die Regierung ihre Entschlossenheit, gegen jegliche Proteste vorzugehen. Repressionsmaßnahmen gegen Oppositionelle hatten sich bereits in den letzten Wochen verschärft. Anlässlich des Geburtstags von Fidel Castro wurden Fotografien mit einer aktuellen Tageszeitung und eine kurze Nachricht von ihm selbst veröffentlicht. Darauf folgten Fotos gemeinsam mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez (sicher wegen seiner umfangreichen Erdöllieferungen eine Schlüsselfigur für die unmittelbare Zukunft Kubas) und Raul Castro, die die aufkommenden Zweifel, ob er überhaupt noch am Leben sei zerstreuen sollten. Weitere Schlüsselfiguren des unmittelbaren Übergangs sind neben Raul Castro noch Ricardo Alarcon, Carlos Lage und der 41-jährige Außenminister Felipe Pérez Roque. Nächstes internationales Ereignis in Kuba, dem sicherlich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden wird, ist der Gipfel der blockfreien Staaten vom 11. – 16. September 2006.

Annette Schwarzbauer, Hans Blomeier,

15. August 2006

KONGO

Am 30. Juli 2006 fanden in der Demokratischen Republik Kongo Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Diese Wahlen waren der Abschluss des zweijährigen Transitionsprozesses, der in der DR Kongo den Bürgerkrieg beenden und demokratische Verhältnisse herstellen sollte. Bei der Präsidentschaftswahl stellten sich neben dem amtierenden Präsidenten Joseph Kabila 32 weitere, teilweise recht unbekannte Kandidaten zur Wahl. Von diesen wurden nur wenigen Aussichten eingeräumt, so viele Stimmen zu erreichen, dass sie an einem zweiten Wahlgang würden teilnehmen könnten.

Für die zu besetzenden 500 Parlamentssitze stellten sich 9.584 Kandidaten zur Wahl, was die Organisation der Wahlen erheblich erschwerte. So bestand der Stimmzettel aus mehreren DIN A1 großen Bögen, auf denen der Wähler seinen Kandidaten zu finden hatte.

Trotz der schwierigen äußeren Bedingungen liefen die Wahlen nach Ansicht der Wahlbeobachter weitgehend korrekt und fair ab, auch wenn es vereinzelt zu den in Afrika nicht unüblichen Schwierigkeiten kam (nicht ausreichend viele Stimmzettel vorhanden, einzelne Wähler nicht auf den Wählerlisten verzeichnet...). Im Osten des Landes hätten Milizen versucht, die Wähler einzuschüchtern und in zwei Fällen seien Wahlurnen verbrannt worden. In Kinshasa wurden Angestellte der Wahlkommission verhaftet, die versucht haben sollen, Wahlergebnis-Protokolle zu fälschen.

Wahlergebnisse liegen noch nicht vor, es zeichnet sich jedoch ab, dass es bei den Präsidentschaftswahlen zu einer Stichwahl zwischen dem Amtsinhaber Kabila und dem Kandidaten Jean-Pierre Bemba kommen wird. Diese wird voraussichtlich am 29. Oktober 2006 stattfinden. Hinsichtlich des Ausgangs einer solchen Stichwahl sind kaum Voraussagen zu treffen, da Kabila im Osten des Landes offenbar über eine große Mehrheit verfügt, während in der Hauptstadt der Kandidat Bemba weit vorn liegt.

Zur Sicherung des Wahlablaufs und der Nachwahlphase wurde ein 1.500 starkes europäisches Truppenkontingent (EUFOR) mit UN-Mandat in die DR Kongo entsandt. An diesem Kontingent ist die Deutsche Bundeswehr mit 500 Soldaten beteiligt. Bisher gab es keine nennenswerten Zwischenfälle, bei denen die Truppen hätten eingreifen müssen. Allerdings werden in der Bevölkerung vielfach Befürchtungen

geäußert, dass die europäischen Truppen nicht neutral seien, sondern einen Wahlsiegs Kabilas sicherstellen sollten.

Neben dem europäischen Truppenkontingent befindet sich seit zwei Jahren eine 17.000 Mann starke UN-Militärmission in der DR Kongo (MONUC), die über die Waffenruhe zwischen den Bürgerkriegsmilizen wachen soll.

Bundesverteidigungsminister Jung besuchte Anfang Juli Kinshasa und nahm an einer von der KAS veranstalteten Dialogveranstaltung mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen teil. Herr Eckard von Klaeden, MdB besuchte Anfang August Kinshasa und wurde dort ebenfalls vom KAS-Büro betreut.

Die KAS hat in den Monaten vor der Wahl in Kooperation mit der GTZ ein umfangreiches Programm zur Wahlvorbereitung in DR Kongo durchgeführt (Aufklärung über die Bedeutung der Wahlen und den Wahlablauf) und eine eigene Wahlbeobachtungsmission durchgeführt. Die Auslandsmitarbeiterin, Andrea Ostheimer, und die einheimischen Mitarbeiter der KAS in Kinshasa haben zahlreiche Artikel und Berichte verfasst und Interviews gegeben, die in deutschen Medien erschienen sind.

Für die Dauer der Wahl- und Nachwahlphase ist der ehemalige Auslandsmitarbeiter der KAS in der DR Kongo, Herr Ingo Badoreck, als "political adviser" bei der MONUC in Kinshasa tätig. Diese Aufgabe wurde ihm wegen seiner umfangreichen Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der politischen Verhältnisse im Land angetragen.

Anke Lerch,

16. August 2006

AFGHANISTAN

Alleine seit November 2005 haben sich bislang mehr als 30 Selbstmordanschläge ereignet und mehr als 900 Menschen wurden bei Kämpfen in Afghanistan getötet. Über 400 Personen davon im Mai 2006. Im Süden des Landes ist seit dem „Change of Command“ am 01.08.2006 die NATO die führende Operationskraft. Der Befehlshaber der US-Truppen, Generalleutnant Karl Eikenberry, sagte, die Übergabe von OEF zu ISAF zeige dem afghanischen Volk die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft, Sicherheit bis in die südlichen Provinzen zu bringen. Die überwiegend britischen, kanadischen und niederländischen Isaf-Soldaten werden vom britischen Generalleutnant David Richards befehligt. Er ist der erste nicht-amerikanische General in der 57-jährigen Nato-Geschichte, unter dessen Kommando in einem Kampfeinsatz auch US-Truppen stehen. Für das transatlantische Bündnis könnte es der gefährlichste Bodeneinsatz seiner Geschichte werden: Die Region im Süden gilt als gefährlich, da sie eine Hochburg der Taliban- und Qaida-Kämpfer ist.

Politische Lage

Präsident Karzai nominierte die fünf noch ausstehenden Kabinettsmitglieder nach. Alle Personen wurden vom Parlament bestätigt.

Die neuen Minister sind Mohammad Amin Farhang (mit 137 Ja-Stimmen, 80 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen gewählt) neuer Handelsminister. Farhang war zuvor Wirtschaftsminister und ist ein Politiker aus den Kreisen der Royalisten. Jalil Shams ist (mit 137 Ja-Stimmen, 67-Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen) neuer Wirtschaftsminister. Shams war zuvor Deputy-Minister im Ministerium für Wasser und Energie, dessen Vorsitz Ismail Khan innehat. Shams stammt wie Ismail Khan aus Heerat und ging mit ihm dort auch zur Schule. Frau Hosonbano Ghazanfar ist mit 159 Ja-Stimmen, 55 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zur neuen Frauenministerin gewählt worden. Frau Ghazanfar gehört zur usbekischen Minderheit und arbeitete als Dekan für Sprachwissenschaften an der Universität Kabul. Karim Khoram ist mit 125 Ja-Stimmen, 87 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen neuer Kulturminister. Nayamatullah Ehsan Jawid ist mit 122 Ja-Stimmen, 88 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen neuer Transportminister. Der neue Kulturminister Khoram wird dem Staatsfernsehen RTA, der seit 2002 KAS-Partner ist, sicherlich äußerst unkooperativ gegenüberstehen. Seines Erachtens ist der Sender ein schlechtes Vorbild für die Entwicklung einer

Rundfunk- und Fernsehanstalt, da zu unislamische Themen gezeigt werden. Es ist mit Einschnitten im Werbe- und Berichtswesen zu rechnen. Khoram war zuvor Präsidentenberater und ist ein ehemaliger Gefolgsmann von Gulbuddin Hekmatyar! Im gesamten Kabinett von Präsident Karzai befindet sich somit nur eine Frau.

Amos Helms,

16. August 2006

SRI LANKA

Ende Januar 2006 konnte der norwegische Vermittler Eric Solheim die srilankanische Regierung und die LTTE dazu bewegen, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Unmittelbar nachdem diese Einigung auf einen Gesprächstermin erfolgt war, ebte auch die Serie der Gewalt deutlich ab.

Die Verhandlungen im Februar 2006 in Genf sollten dazu beitragen, auf welche Weise der Waffenstillstand gefestigt werde könnte.

Die Positionen der Regierung und der LTTE lagen zunächst weit auseinander. Die Regierung fordert eine deutliche Abänderung des Waffenstillstandsvertrages und erklärte, das bestehende Abkommen sei verfassungswidrig und beschädige die Souveränität sowie die territoriale Integrität Sri Lankas.

Die LTTE lehnte eine Abänderung des Waffenstillstandsvertrages dagegen vehement ab und bestand auf die Umsetzung des bestehenden Vertrags. Das Waffenstillstandsabkommen hatte 2002 festgelegt, dass sich die srilankanische Armee im Norden Sri Lankas aus besetzten öffentlichen und religiösen Gebäuden zurückzieht und diese wieder der Bevölkerung überlässt. Dies ist bisher nicht geschehen und gab 2003 den Anlass für die LTTE, sich aus den Friedensgesprächen zurückzuziehen.

Seit August 2006 kehrten die beiden Konfliktparteien zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zurück. Seitdem gibt es regelmäßig neue Berichte über Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Einheiten der LTTE. Internationale Beobachter fürchten, dass das Land wieder in einen Bürgerkrieg abgleitet.

Amos Helms,

16. August 2006

Die Autorinnen und Autoren

Thomas Birringer, Landesbeauftragter der KAS in den Palästinensischen Autonomiegebieten.

Hans Blomeier, Teamleiter Lateinamerika der KAS.

André Drewelowsky, Mitarbeiter der KAS-Außenstelle in Kiew.

Dr. Lars Hänzel, Landesbeauftragter der KAS in Israel.

Amos Helms, Länderreferent im Team Asien der KAS.

Anke Lerch, Länderreferentin im Team Afrika/Nahost der KAS.

Dr. Hardy Ostry, Leiter des KAS-Regionalprogrammes Nahost, Tunesien.

Frank Priess, Landesbeauftragter der KAS in Mexiko.

Stephan Raabe, Leiter der KAS-Außenstelle in Polen und Belarus.

Pavĺína Richterová, Mitarbeiterin der KAS-Außenstelle in Prag.

Annette Schwarzbauer, Länderreferentin im Team Lateinamerika der KAS.

Christoph Thanej, unabhängiger Journalist in Bratislava.

Ralf Wachsmuth, Leiter der KAS-Außenstelle in Kiew.